

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Köpenickerstr. 1006, 1076 und 1282. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegrammbriefe: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen die sechsgepaltene Kleinzeile 75 Mark
Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Schöms, Berlin D 27,
Magazinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. — Preis vierteljährlich 75 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Zur Ausführabgabe. — Goldlöhne und Goldpreise. — Wohlfahrtspflege in den Fabrikbetrieben. — Frauenkonferenz im Oberbergischen und Siegtalbezirk. — Das Existenzminimum im September 1922. — Zweite Sitzung des Ausschusses des DGB. (I). — Die gegenwärtige Lage der Arbeiter in der Strumpfindustrie der Vereinigten Staaten von Nordamerika. — Kommunistische Gewerkschaftsrettung durch die syndikalistische „Union“. — Aus der Tschechoslowakei. — Aus den Gewerkschaften. — Wirtschaftliches. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen. — Unterhaltungsteil: Ein grammatisches Gespräch (III).

Zur Ausführabgabe.

Die Textilunternehmer fordern in recht stürmischer Weise die Beseitigung der sozialen Ausführabgabe. Sie begründen ihre Forderung damit, daß durch die Ausführabgabe die Exportmöglichkeit erschwert und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Textilindustrie stark bedroht würde. Die Preise der ausländischen Konkurrenz wären niedriger als die der Erzeugnisse der deutschen Textilindustrie. Dieses Argument ist nicht neu. Es ist ebenso alt wie die Ausführabgabe. Die Ausführabgabe wird nicht erst seit der letzten Erhöhung vom September 1922 bekämpft, sondern schon seit ihrer Einführung. Seit der Erhöhung der Ausführabgabe wird nur der Kampf gegen dieselbe mit größerer Energie und mit dem Aufgebot aller erdenklichen Mittel geführt. Der Kampf ist gut organisiert. Der Reich muß es den wirtschaftlichen Verbänden der Unternehmer lassen: sie verstehen die Regie, um alle Register zu ziehen, um die Ausführabgabe zu Fall zu bringen. Daß die Unternehmer auch versuchen, die Arbeiterchaft für ihre Pläne mobil zu machen, damit diese dem Unternehmer in der Beseitigung der Ausführabgabe Vorspanndienste leisten sollen, ist selbstverständlich. Die Unternehmer stellen sich dabei so, daß nicht in ihrem Interesse — die „heroische Selbstlosigkeit“ der Unternehmer ist ja genügend bekannt —, sondern im Interesse der Arbeiterchaft die Ausführabgabe bekämpft werden müsse. Deshalb versuchen sie, der Arbeiterchaft und den Betriebsräten plausibel zu machen, daß, wenn nicht die Ausführabgabe beseitigt würde, jede weitere Exportmöglichkeit in Frage gestellt sei, und in deren weiteren Folge eine große Arbeitslosigkeit eintreten müsse. Zum anderen geben auch die Unternehmer dazu über, die Gewährung von Lohnaufbesserungen von der Beseitigung der Ausführabgabe abhängig zu machen. Erst kürzlich haben in Greiz-Gera die Unternehmer bei den Lohnverhandlungen auf die bestehende Ausführabgabe hingewiesen und haben erklärt, daß, so lange die Ausführabgabe bestehe, eine weitere Lohnerhöhung nicht mehr gewährt werden könne. Sie stützten sich dabei auf einen Textilsachverständigen der Arbeiter, der ihnen gegenüber ebenfalls die Auffassung vertreten habe, daß unter allen Umständen die Ausführabgabe beseitigt werden müsse, wenn nicht die Textilindustrie auf jeden Export in Zukunft verzichten wolle. Tatsächlich nehmen auch oft die Betriebsräte die Angaben der Unternehmer für bare Münze und petitionieren um Aufhebung der Ausführabgabe. In zahlreichen Schreiben, die an uns gelangten, finden wir, daß die Unternehmer bestrebt sind, die Arbeiter über die tatsächliche Wirkung der Ausführabgabe irre zu führen, um zu erreichen, daß die Arbeiterchaft ebenfalls für die Beseitigung der Ausführabgabe eintritt. Aber nicht nur die Betriebsräte, welche oftmals über die wirtschaftliche Wirkung der Ausführabgabe nicht genügend orientiert sind, fallen auf die Angaben der Unternehmer herein, sondern auch Männer, von denen man so viel Sachkenntnis voraussetzen sollte, daß sie nicht ohne kritische Nachprüfung den Angaben der Unternehmer Glauben schenken. Die letzteren werden dann zum Sprachrohr der Unternehmerwünsche in der Arbeiterpresse, zum Schaden allgemeiner Volksinteressen. Tat-

sächlich haben die Unternehmer noch nicht das geringste positive Material beibringen können, das die Aufhebung der Ausführabgabe als Notwendigkeit erscheinen ließe. Es sind lediglich Unternehmerwünsche, die in einer hemmungslosen Wirtschaft gipfeln, welche dem Profitinteresse der Unternehmer mehr entspricht. Dabei bringt uns jeder neue Tag weitere Beweise, daß die zügellose privatkapitalistische Wirtschaft uns immer weiter in den Abgrund treibt.

Gehen wir deshalb einmal den Ursachen nach, die zur Einführung der Ausführabgabe maßgebend waren.

Nach Abbruch des Krieges waren wir gezwungen, große Mengen Auslandsgetreide einzuführen. Einmal, weil unsere Getreidevorräte völlig erschöpft waren und außerdem unser Volk am Verhungern war, und zum andern deshalb, weil unsere Landwirtschaft nicht so viel Getreide anbauen konnte, das zur Ernährung der Bevölkerung ausgereicht hätte. Da der Preis des ausländischen Getreides um ein Mehrfaches über dem Inlandspreis lag, so hat das Reich durch Verbilligungszuschüsse das Auslandsgetreide so verbilligt, daß dessen Preis dem Inlandspreis entsprach oder ein Mißpreis entstand. Wäre das Auslandsgetreide nicht in dieser Weise verbilligt worden, dann hätte dies zur Folge gehabt, daß der Inlandsgetreidepreis automatisch dem Auslandsgetreidepreis gefolgt wäre. Die Folgen einer solchen Verteuerung des Getreides wären in der damaligen Zeit, in welcher die größte Arbeitslosigkeit herrschte, geradezu verhängnisvoll gewesen. Da der Getreidepreis auch eine derjenigen Grundlagen bildet, auf welchen sich für alle übrigen Waren die Preise bilden, so hätte eine unübersehbare Teuerung bereits damals eingeleitet. Die Verbilligung des Getreides kam aber auch den Unternehmern in erster Linie zugute. Die Industrie war hierdurch in der Lage, die Arbeitslöhne niedrig zu halten und in kurzer Zeit ihre Betriebe wieder auf die Friedenswirtschaft umzustellen, den Export zu fördern, da sie ja auf Grund der niedrigen Arbeitslöhne jede Konkurrenz auf dem Weltmarkt niederkonkurrieren konnte. Diese Tatsache bewirkte aber, daß der deutsche Ausverkauf in einer für die deutsche Volkswirtschaft verhängnisvollen Weise gefördert wurde. Zu Schleuderpreisen gingen deutsche Erzeugnisse ins Ausland und bewirkten, daß die Industrie der ausländischen Konkurrenz stillgelegt wurde. Die Industriestaaten, die mit deutschen Erzeugnissen überschwemmt wurden, griffen zu Gegenmaßnahmen, um die lästige deutsche Einfuhr durch Schutzzölle abzuernigen. Eine ganze Reihe von Ländern haben Schutzollmauern aufgerichtet, die zu übersteigen dem deutschen Exporteur immerhin Schwierigkeiten bereitet. Es ist dies aber eine Folge der ungezügeltten Schleuderkonkurrenz, die die deutsche Industrie in den Jahren 1921 und 1922 getrieben hat. Nachdem die mit uns im Wettbewerb stehenden Staaten sich durch Schutzzölle vor dem deutschen Ausverkauf zu schützen begannen, kam man in Deutschland dazu, durch die soziale Ausführabgabe dieser Schleuderkonkurrenz dem deutschen Ausverkauf entgegenzuwirken. Leider hat man zu dieser Maßnahme viel zu spät gegriffen, und zum anderen waren die Abgabefälle viel zu niedrig, so daß sie die gewünschte Wirkung verfehlten. Hätte man die Ausführabgabe früher eingeführt und die Höhe derselben an den jeweiligen Dollarstand angeknüpft, dann hätte dieselbe eine bessere Wirkung ausgeübt. Es wäre schließlich nicht dazu gekommen, daß die mit uns konkurrierenden Länder so scharfe Schutzmaßnahmen für ihre Industrie geschaffen hätten, die zweifellos die deutsche Ausfuhr erschweren.

Das Ziel der sozialen Ausführabgabe ist, daß mittels derselben ein gewisser Ausgleich in dem Wert der Halb- und Fertigfabrikate gegenüber dem Ausland geschaffen werden soll, welches viel höhere Löhne zahlen muß, und deshalb deren Halb- und Fertigfabrikate einen viel höheren Gestehungswert haben als die der deutschen Industrie. Durch die hemmungs-

lose Ausfuhr ist bewirkt worden, daß die deutschen Erzeugnisse, in welchen ein viel zu geringer Arbeitslohn steckt, zu billig abgegeben werden. Die deutsche Arbeitskraft wurde an das Ausland verschleudert.

Wenn tatsächlich das Ausland heute seine Erzeugnisse, und namentlich die Erzeugnisse der Textilindustrie, billiger auf den Markt bringen kann als die deutsche Textilindustrie, so liegt dies nicht an der Ausführabgabe, sondern daran, daß in Deutschland die Unternehmer viel zu hohe Gewinne einheimsten. Die Ausführabgabe reicht nicht im entferntesten daran, die Differenz zwischen dem Lohn des deutschen Arbeiters und dem des ausländischen Arbeiters auszugleichen. Die Ausführabgabe beträgt gegenwärtig nach ihrer fünfzigprozentigen Erhöhung für Lumpen- und Kunststoffsstoffe 11 Proz., für fertige Fabrikate je nach der verschiedensten Art derselben von 3 bis 7 Proz. des Produktwertes. Verschiedene Waren bleiben ganz frei. Für die Höhe der Abgabefälle in den einzelnen Positionen wird die in dem Produkt steckende Arbeit sowie auch die Herkunft des Rohmaterials berücksichtigt. Je mehr Arbeitslohn in dem Produkt steckt und um so mehr Auslandsrohstoffe in demselben enthalten sind, um so niedriger stellt sich die Ausführabgabe.

Die Ausführabgabe ist es nicht, welche den deutschen Export schädigt. Wenn der Export zurückgegangen ist und zurückgeht, so ist das auf die unerhörte Preistreibererei innerhalb der Textilwirtschaft in dem letzten Jahre zurückzuführen. Die Textilindustriellen und auch die Händler konnten die Preise gegenüber dem ausländischen und auch dem inländischen Abnehmer gar nicht hoch genug stellen. Ganz willkürlich wurden die Preise festgesetzt, so daß die Waren in viel schärferer Weise verteuert wurden, als dies die Marktentwertung bedingte. Der große Hunger nach Textilien ließ den Unternehmer jedes Maß und Ziel bei der Preissetzung außer acht lassen. Es wurde ihm aber auch jeder Preis bewilligt. Aus diesem heraus kletterten die Preise für Textilien bedeutend höher als für andere Warengruppen. Aber nicht allein dieser Umstand hat die Textilwirtschaft schwer geschädigt, sondern auch noch der, daß man unglücklicherweise Mittel anwandte, um die Abnehmer übers Ohr zu hauen. Es ist hier zu nennen, daß man sich nicht an die vorgeschriebenen Preisfrieten hielt, daß man abgeschlossene Verträge wieder einseitig löste und nicht ausführte, daß man während des Jahres 1922 den Auftrag nur unter der Klausel „Preise freibleibend“ annahm. In der „Textilwoche“ vom 6. Oktober 1922 wird aus amerikanischen Einkäuferreisen unter anderem geschrieben:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Preispolitik der deutschen Textilindustrie namentlich auf den Export nach Amerika einen äußerst unangünstigen Einfluß ausübt. Neben der F.M. plus P.M. Dollar plus Mark, gleitenden Papiermark und anderen derartigen Preiskalkulationen spielt infolgedessen auch die gegenwärtige Unzuverlässigkeit der Textilindustrie in bezug auf Einhaltung der Liefertermine und der Qualitäten eine nicht zu unterschätzende Rolle in bezug auf Deutschlands nachlassenden Textilexport.

Während die Leipziger Frühjahrsmesse noch schätzungsweise von dreihundert amerikanischen Einkäufern besucht wurde, hatte die Herbstmesse deren nur etwa zehn aufzuweisen, und keiner derselben kaufte für eines der großen Warenhäuser, die bisher die beständigen und besten amerikanischen Kunden der deutschen Textilindustrie waren, ein. Während in früheren Jahren, auch nach dem Kriege, im Oktober bzw. November der Zufluß der amerikanischen Einkäufer wieder einsetzte, hat sich dieses Jahr kaum einer derselben eingefunden, und nach Berichten der sich in Berlin befindlichen Einkaufshäuser für die großen amerikanischen Textileinfuhrfirmen dürfte die Anzahl der amerikanischen Einkäufer in diesem Jahre nur minimal sein. Daß der Fordney-Tarif, dessen Bestimmungen die amerikanischen Einfuhrzölle um zirka hundert Prozent erhöht haben, manchen amerikanischen Importeur vorsichtiger werden ließ, soll nicht bestritten werden, die Berichte der nach den Vereinigten Staaten aus Deutschland zurück-

Ein grammatisches Gespräch.

III. [Nachdruck verboten.]

Die drei Kollegen hatten das Glück, an dem Orte, wo sie sich zuletzt trafen, zusammenzubleiben. Sie schlossen enge Freundschaft und machten gemeinsame Ausflüge in die freie Natur. Außer der Unterhaltung, oder richtiger: durch die Unterhaltung auf allen anderen Gebieten kamen sie, wenn auch nur ganz beiläufig, immer wieder auf die Sprachregeln zu sprechen. Bei solcher Gelegenheit kam auch die Rede auf „wo“ und „wohin“. Und der Hannoveraner erklärte:

„Wo und wohin.“

„Oft werden“, sagte er in seiner keusförmigen Art, „auch die grammatischen Formen für „wo“ und „wohin“ miteinander verwechselt, ich weiß das wohl, und man hört sagen, wenigstens in Berlin, wo der sprachlich Ungebildete zuweilen sich gebildet zeigen will: Ich gehe in der Versammlung, in dem Theater, anstatt: in die Versammlung, in das Theater. Merkt, daß auf die Frage: wohin? immer die Formen des 4. Falles zu antworten haben, und diese sind, in Verbindung mit „in“ gedacht, stets: „in den“, „in die“, „in das“. Die Formen des 3. Falles „in dem“, „in der“ werden richtig nur bei Antworten auf die Frage: wo? gebraucht. Also: Ich gehe in die Versammlung (wohin?). Ich bin in der Versammlung (wo?). In der Versammlung herrschte Unruhe (wo?). Als aber der Redner in der Versammlung (wo?) erschien, kam die Versammlung in (die) Ruhe (wohin?). Der Redner stieg auf die Tribüne (wohin?) und begann in der Versammlung (wo?) in die Versammlung hineinzureden (auf sie einzureden). Wohin zu reden? Er be sprach den Nutzen des Verbandes und richtete an die Versammelten (wohin?) einige Fragen über ihre soziale Lage (wo hinüber?). Ueber der Versammlung (wo?) lag eine gedrückte Stimmung, die erst einer gehobeneren Stimmung (wem, d. h. welchem Umfange?) wich, als der Redner an der Hand (wo?) seiner Erfahrungen über die Wirkksamkeit des Verbandes zeigte, daß niemand hoffnungslos zu sein brauche, wenn alle sich entschließen, sich dem Verbande (wem, d. h. welcher Einrichtung?) anzuschließen. Am Schluß der Versammlung (wo?) wurde eine Entschliessung angenommen, die darauf abzielte (wohin), die Anwesenden für den Verband (wohin?) zu gewinnen. In dieser Entschliessung (wo?) hieß es, alle hätten die Pflicht, in der Fabrik (wo?) für den Verband zu werden und alle Kollegen und

Kolleginnen in den Verband (wohin?) zu bringen. — Die Versammlung wurde geschlossen — mit einem Hoch auf den Verband (wohin?). Die Versammelten verließen den Raum und begaben sich auf ihn (wo heraus?) auf die Straße (wohin?). Der Redner begab sich auch auf die Straße (wohin?). Er wartete auf der Straße (wo?) auf die Straßenbahn (auf wen oder was?). Dann stieg er auf die Straßenbahn (wohin, d. h. wo hinauf?) und fuhr in ihr (wo, d. h. worin?) nach dem Bahnhof (an den Bahnhof, also: wohin?; trotz des 3. Falles „dem“, in Verbindung mit „nach“, worauf hier nicht näher eingegangen werden kann), wartete im Wartesaal (wo?) auf den Zug (auf was?), stieg in den Zug (wohin?) und fuhr ab, in der Gewißheit (wo?), wieder eine nette Zahl Kollegen und Kolleginnen für den Verband gewonnen zu haben („für“ steht immer in Verbindung mit dem 4. Fall, wie „nach“ mit dem 3. Fall).

Ich stehe auf dem Standpunkt (wo?), daß der Redner seinen Standpunkt gut vertreten hat. Sonst hätte er in der Versammlung (wo?) nicht soviel Erfolg gehabt und wäre nicht dahin gekommen (wohin?), glauben zu können, daß er große Eroberungen gemacht habe. Man kann auch sagen, er wäre nicht zu der Ansicht gekommen. Die Frage kann auch hier lauten: wohin, nämlich wozu?, und doch antwortet hier der 3. Fall statt des 4. Falles. Das hängt mit dem Verhältniswort „zu“ zusammen. Man kommt eben zu der Ansicht, wie man zu dem Mann, zu der Frau kommt, weil „zu die“, „zu den“ schlecht klingen würde.

Durch diese Nebenherrschaft der Verhältniswörter wird aber die Meisterrung der deutschen Grammatik noch schwieriger als sie ohne diese Nebenherrschaft wäre. Es wird deshalb am Plage sein, uns auch gleich noch mit ihnen ein wenig zu beschäftigen.

Es gibt Verhältniswörter des 2., 3. und 4. Falles, aber auch solche, die vom 3. und 4. Fall zugleich beherrscht werden. Diese letzteren beziehen sich auf „wo“ und „wohin“. Ich bin (im) in dem Verband (wo?). Mein Freund Müller geht in den Verband (wohin?). Ich stehe an der Elbe (wo?). Ich gehe an die Elbe (wohin?). Die Taube sitzt auf dem Dache (wo?). Die Taube fliegt auf das Dach (wohin?). Der Knabe steht hinter der Schule (wo?). Der Knabe geht hinter die Schule (wohin?). Er geht hinter dem Lehrer (wo?) in die Schule (wohin?). Ueber der Stadt (wo?) lagert Gewölk. Ueber die Stadt (wohin, wo hinweg?) zieht Gewölk. Ueber allen Gipfeln ist Ruh' (wo?). Ueber alle Wipfel streicht der Wind (wohin, wo hinüber?). Unter dem Wasser (wo?) ist

Morast. Unter die Herde (wohin, worunter?) mischt sich der Wolf.“ — Der Hannoveraner hatte geendet. Die beiden anderen dankten ihm freundschaftlich für seine Belehrungen, meinten aber, nun hätten sie vorläufig von dem Kram genug. Durch Lesen guter Bücher würden sie nun vielleicht über etwa noch auftauchende Zweifel hinwegkommen; welchen Einfluß die Verhältniswörter auf die Bestimmung des Falles hätten, würden sie auf diese Weise wohl auch noch lernen. Und wenn nicht, müßte eine kurzgefaßte Grammatik nachhelfen. Mancher habe schon, versicherte der Berliner, die Grammatik in ihren Grundzügen und im Laufe der Zeit in allen Einzelheiten nur durch Vergleiche erlernt, solches habe er wenigstens schon behaupten hören. Vielleicht gelinge das auch ihm. — Und der Rheinländer schloß sich dieser Erklärung an.

Alle drei aber waren der Meinung, daß es besser wäre, wenn die deutsche Grammatik leichter zu erlernen wäre, und der Hannoveraner fügte hinzu: „Dann wäre das Deutsche aber weniger klar und noch mehr mißverständlich als es so schon ist, aber auch weniger schön.“

Berichtigung. In voriger Nummer muß es im vierten Absatz Zeile 4 in der eingeklammerten Wortgruppe vor dem Wörtchen „sich“ statt „sie“ „für“ heißen. Diese Form gibt es in Wirklichkeit sowenig wie das gleichfalls angeführte „eur“. Diese Formen waren willkürlich gebildet worden, lediglich zu dem Zweck, die Dativbegriffe (3. Fall) im Gegensatz zu den Akkusativbegriffen (4. Fall) wortbildlich zu veranschaulichen. In einer deutschen Kunstsprache wären diese Formen vielleicht wirklich vorhanden, doch die Sprache hat sich anders entwickelt, so daß für die Begriffe des Dativs und des Akkusativs nur ein und dieselbe Wortform vorhanden ist: „euch“ und „sich“; auch „uns“ deutet zwei Begriffe: „ut“ und „uns“. In einer Kunstsprache würde man vielleicht für den 3. Fall folgende Formen haben: mir, dir, ihm, ihr, für, eur, ur, für den 4. Fall: mich, dich, ihn, sie, sich, euch, uns. In Wirklichkeit hat man aber für den 3. Fall: mir, dir, ihm, ihr, sich, euch, uns, für den 4. Fall: mich, dich, ihn, sie, sich, euch, uns. Es ist, euch, uns sind also gleichzeitig Formen für beide Fälle. Das erschwert die Unterscheidung von „mir“ und „mich“, „dir“ und „dich“. Um sie zu erleichtern, sind die fehlenden Wortformen von dem Hannoveraner künstlich gebildet worden. Praktisch anwenden wird er sie aber nicht.

gelehrten Einkäufer über die Marktlage haben aber indessen u. bedeutend größern Maße viele dortige Firmen veranlaßt, Deutschland vorläufig von der „Beluchsalisse“ zu streichen. . . .

Neben den oben angeführten Gründen, die allerdings an und für sich schon gewichtig genug für die Amerikaner sind, begt man drüben die Ueberzeugung, daß es der deutschen Textilindustrie geistlich darum zu tun ist, amerikanische Importeure als so „valutafar“ zu betrachten, daß man ihnen irgendwelche — selbst Phantastiepreise — abnehmen zu können vermeint. Hat sich doch ein Textilwarenhändler in Leipzig, der auch zur Masse ausstellte, sogar dazu verleiten lassen, gleitende Dollarpreise zu verlangen. Der kühl denkende und reelle amerikanische Einkäufer schüttelt angesichts solcher Preise den Kopf, — und fährt nach England oder Frankreich.

Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß derartige Meinungen hervorragender Kaufleute in Amerika viel dazu beitragen, anders gefinnte Einkäufer von ihrer ursprünglichen Absicht, Deutschland zu besuchen, abzubringen. Der Personenkultus, nirgends so ausgeprägt wie in den Vereinigten Staaten, übt einen derartig suggestiven Einfluß aus, daß derartige Beobachtungen, die ja ohnehin auf Tatsachen fußen, die deutsche Textilindustrie zu schädigen geeignet sind.

Uebereinstimmend berichten die vom Kontinent zurückkehrenden amerikanischen Einkäufer in der Presse ihres Landes, daß man sie namentlich in Frankreich und Deutschland — jedoch hauptsächlich in Deutschland — mehr und mehr als melkende Röhre betrachtet, denen man jeden Preis abfordern kann. . . .

Es wird zu wünschen sein, im Interesse besserer Beziehungen zwischen amerikanischen Importeuren und deutschen Herstellern, daß man in Deutschland allmählich wieder feste Preise und vor allem niedrige Preise einführt, die zu den Herstellungskosten einigermaßen in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Man führe die Aufträge so rasch wie möglich und tunlichst ohne jede Verzögerung aus, ferner vergesse man nicht, daß selbst ein Amerikaner Anspruch auf vollwertige Qualität der Ware hat. Die Sünden der deutschen Industrie in dieser Beziehung sind so mannigfaltig, und ausländische Bezieher deutscher Ware haben nach dem Kriege teilweise derartig schlechte Erfahrungen gemacht, daß man im Ausland dem Geschäft mit Deutschland stellenweise recht skeptisch gegenübersteht.

Hierin liegen die tatsächlichen Ursachen des Exportrückganges. Die Mittel, die man oft angewendet hat, von einem „Schwindel“ abzukommen, grenzen oft an den Begriff „Schwindel“. Wir wollen hier nur ein Beispiel herausgreifen: Eine Firma will einen Lieferungsvertrag nicht erfüllen; sie rät deshalb der Arbeiterchaft zum Streik, weil dann, wenn der Streik ausbrochen sei, „sie tatsächlich von dem Lieferungsvertrag entbunden wäre“. Auch andere unlautere Manöver werden angewandt, um höhere Preise zu erzielen. Uns sind zahlreiche Fälle bekannt, in welchen die Unternehmer hinterher über den abgeschlossenen Kaufpreis hinaus noch die Summe der Ausfuhrabgabe auf die Rechnung setzten und sie von den ausländischen Abnehmern bezahlt werden. Kurz, die Geschäftsgebahrungen waren nicht die reellen Geschäftsleute. Sie mußten selbstverständlich dazu beitragen, daß das Vertrauen zu den deutschen Textilindustriellen und Exporteuren erschüttert wurde. Dieser moralische Schaden, der hier der deutschen Wirtschaft zugefügt worden ist, ist viel höher zu bewerten als irgendein anderer Umstand. Wenn die deutsche Textilindustrie auf dem Weltmarkt ihre Stellung behaupten will, dann muß sie dafür sorgen, daß alle unehrlichen Elemente gekennzeichnet werden und daß wieder Verhältnisse Platz greifen, wie sie unter realen Geschäftsleuten üblich sind.

Daß die Preissteigerung für Textilien weit über die durch die Entwertung der Mark bedingte Verteuerung der Rohstoffe hinausgeht, zeigt die Preisstatistik der „Frankfurter Zeitung“. Während der Gesamtindex von 98 Waren im Oktober auf 44 089 stand, stand die Gruppe Textilien auf 72 688. Dieses beweist schon, daß gerade die Haupte, die an dem Textilmarkt bisher geherricht hat, zu einer ungeheuren Preissteigerung beigetragen hat. Es ist ja richtig, daß die Textilindustrie von dem Sturz der Mark unmittelbar beeinflusst wird, weil sie ihre Rohstoffe zu 90 Proz. aus dem Ausland beziehen muß. Aber trotzdem finden wir, daß die Preissteigerung für Halbfertig- und Fertigfabrikate viel stärker war, als der Dollar und die Rohstoffpreise selbst gestiegen sind. Zu dieser Preissteigerung hat auch unseres Erachtens der Umstand mit beigetragen, daß auch die Inlandsgeschäfte in hochvalutarischer Währung abgeschlossen wurden. Wir verschließen uns nicht der Auffassung, daß die Textilindustrie im allgemeinen gegenwärtig vor großen Schwierigkeiten steht. Diese Schwierigkeiten haben wir oben schon gekennzeichnet, zum anderen aber auch durch die ungeheure Markentwertung in der letzten Woche. Die Markentwertung selbst muß selbstverständlich die gesamte Industrie schwer beeinträchtigen, indem der Zahlungsmittelmangel ein außerordentlich fühlbarer geworden ist. Die Kreditanprüche, die Handel und Industrie gegenwärtig stellen, sind nicht zu befriedigen. Dies sind aber alles Erscheinungen, die mit der zügellosen privatkapitalistischen Wirtschaft im Zusammenhang stehen. Industrie und Landwirtschaft haben beide im gleichen Maße auf die durch nichts gehemmte freie Wirtschaft hingedrängt. Diese freie Wirtschaft hat uns nun in eine Katastrophe hineingeführt, aus welcher wir uns nur retten können dadurch, daß wir den zügellosen Kapitalismus durch eine bestimmte Planwirtschaft ersetzen. Wenn tatsächlich in der nächsten Zeit ein Konjunkturrückschlag eintritt, dann ist an einem solchen nicht die Ausfuhrabgabe schuld, sondern diejenigen Faktoren, die wir hier in diesem Artikel kurz gekennzeichnet haben.

Goldlöhne und Goldpreise.

In neuerer Zeit wird mehrfach empfohlen, als Preismaß wieder die Goldmark einzuführen, nicht die wirkliche Goldmark — denn für sie haben wir zu wenig, und wenn wir für sie genug hätten, hätten wir unser Valutaelend nicht —, sondern die fiktive Goldmark. Nach der Goldmark soll nur berechnet werden, was nach dem jeweiligen Wertstande der Papiermark für eine Goldmark in Papiermark bei Lohn und Preiszahlungen zu zahlen ist. Und was bei dieser Berechnung herauskommt, soll in Papiermark gezahlt werden.

Mit jener Berechnung der Löhne und Preise nach Goldmark sollen die Lohn- und Gehaltsempfänger davor bewahrt werden, zu Opfern des Markfalles und der damit verbundenen Preissteigerungen zu werden. Wird der Lohn in Goldmark festgesetzt, nach Goldmark berechnet und in Papiermark ausgezahlt, so kann es, behaupten die Befürworter dieser Finanzreform, dem Arbeiter gleich sein, wie hoch oder wie niedrig die Papiermark im Kurse am Tage der Lohnzahlung steht: je tiefer die Papiermark stehe, um so mehr werde ihm auf eine verrechnete Goldmark in Papiermark zu zahlen sein, und wenn er dann, weil die Warenpreise sich auch in mehr Papiermark ausdrücken, für eine Ware mehr Papiermark zahlen müsse, so werde

er diese größere Anzahl von Papiermark stets zur rechten Zeit in Händen haben und sie sich nicht erst durch Lohnerhöhungen in Papiermark-Lohnerhöhungen, die eigentlich gar keine sind, sondern nur meist unzureichende Valutaausgleiche —, zu erkämpfen brauchen.

Was dem Arbeiter durch eine gleitende Lohnskala — durch einen mit der Teuerung fortschreitenden Lohn — an Sicherung vor Verlust durch Teuerung geboten werden könne, werde noch übertroffen durch die Goldlöhne, die auch nicht die geringste Schädigung des Lohnempfängers durch Valutaveränderungen zuließen, ihn vor allem vor Schädigung durch Preisschwankungen schützten.

Es würde durch Goldlöhne und Goldpreise ein wirtschaftlicher Zustand eintreten, wie wir ihn vor der ersten Wertverringering unserer Papiermark hatten, als die Papiermark als Zahlungsmittel noch ebensoviele galt wie die Goldmark. Hätte man später, als die Papiermark sank, doch noch alles nach Goldmark berechnet wie zur Zeit der reinen Goldwährung und nicht nach Papiermark, so wären Löhne und Preise gar nicht von den Schwankungen der Papiermark abhängig geworden und Löhne und Preise wären immer in demselben Verhältnis zueinander geblieben, ob es viele Papiermark gäbe oder nicht, ob die Papiermark hoch oder niedrig im Kurse stände. Die Papiermark wäre dann nicht, wie früher die Goldmark es war, Preismaß und Zahlungsmittel zugleich, sondern nur Zahlungsmittel, und als Preismaß gälte dann nach wie vor die Goldmark. Da man es aber unterlassen habe, fortan alle Berechnungen nach Goldmark aufzustellen, so müsse der frühere Zustand wiederhergestellt werden durch — Trennung des Preismaßes vom Zahlungsmittel, müsse die Goldmark wieder zum allgemeinen Preismaß gemacht und die Papiermark ihrer Eigenschaft als Preismaß wieder entkleidet werden, so daß sie nur noch als Zahlungsmittel in Betracht käme, sozusagen als Wertzettel für einen Teil der Goldmark, als Wertzettel, der sich stets nach dem Kursstande der Papiermark richte. —

Wir gestehen: die Vorschläge der Goldpreismächler haben viel Bestechendes an sich. Die Verwirklichung der Vorschläge kann aber nur unter gewissen Voraussetzungen in dem von ihren Befürwortern gewünschten Maße wirksam werden. Diese Voraussetzungen sind, daß:

1. Goldlöhne und Goldpreise einander die Wage halten;
2. der Goldpreis stabil bleibt;
3. das Zahlungsmittel (die Papiermark) so wenig Wertschwankungen wie die Goldmark (oder wenn es keine gibt wie das Gold) unterworfen sei.

Zu 1: Hohe Goldlöhne erhöhen die Kaufkraft des Geldes nicht, wenn die Goldpreise verhältnismäßig noch höher sind.

Zu 2: Bleibt der Goldpreis nicht stabil, so werden wir mit den Goldlöhnen in dieselbe Unsicherheit kommen, wie es mit den Papierlöhnen geschah.

Zu 3: Ist das Zahlungsmittel (Papiermark) mehr Wertschwankungen unterworfen als die Goldmark oder das Gold überhaupt, so wird durch die finanztechnische Neuerung für den Lohn- und Gehaltsempfänger nichts gewonnen, denn es kann dann vorkommen, daß ein Lohnempfänger mit demselben Betrag mehr oder weniger kaufen könnte als ein anderer. Wer z. B. am Freitag 50 Goldmark empfängt, die ihm an diesem Tage in 5000 Papiermark ausgezahlt werden, wird dem gegenüber im Nachteil sein, der eine Woche später 50 Goldmark durch 10 000 Papiermark bekommt, weil dann vielleicht die Papiermark nur noch halb so hoch im Kurse steht. Wenn dann beide mit ihren verschiedenen Einkommen gleichzeitig einkaufen, so wird, weil die Goldpreise der Waren keine Veränderung erfuhren, der zweite noch einmal soviel kaufen können wie der erste.

Die Goldpreismächler sagen:

Zu 1: Goldlöhne und Goldpreise werden einander die Wage halten, wenn das Zahlungsmittel (Papiermark) in ein festes Verhältnis zum Preismaß (Goldmark) gebracht wird. Und das kann geschehen durch Besserung unserer Zahlungsbilanz. Und diese Besserung kann erzielt werden durch Verringerung der bisher aufgelaufenen Defizite in der Zahlungsbilanz. Und diese Defizite können verringert werden dadurch, daß jeder seine überflüssigen Zahlungsmittel einer Bank zuweist, die die Zahlungsmittel gegen Sachwerte (Guthaben in Goldwährung) oder gegen ähnliche Goldforderungen abschiebt. Auf diese Weise werden auch die im Auslande befindlichen Papiermark, die dort ihren Wert durch ihre Fülle herabdrücken, dem Markt entzogen; auch das Ausland werde gern seine entwerteten Papiermark sich in stabile Goldguthaben umwandeln lassen. Würde diese Papiermark so wieder zu uns gelangen, so bräuchten wir unsere Zahlungsmittel auch nicht ständig durch Neudruck vermehren.

Zu 2: Der Goldpreis kann stabil gehalten werden durch einen Goldschlag als Stauheilmittel zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Goldmarkt.

Zu 3: Da alle überflüssigen Zahlungsmittel beseitigt würden durch Einzug gegen Guthaben von Guthaben in Goldwährung, so würden sie auch keinen erheblichen Schwankungen mehr unterworfen sein. —

Dies sind die Hauptgründe für die Forderung von Goldlöhnen und Goldpreisen.

Wir gestehen noch einmal: sie sind sehr bestechend, und wir müßten sie als stichhaltig anerkennen, wenn wir sicher wären, daß die Dinge sich so abspielen würden, wie die Goldpreismächler es sich vorstellen. Ob das aber geschehen kann, ja muß, das zu entscheiden müssen wir schon Finanzfachleuten überlassen. Und bis das von diesen in uns überzeugender Weise geschehen sein wird, müssen wir uns jedes Urteils über die Vorschläge für Goldlöhne und Goldpreise enthalten und unsere Leser deshalb bitten, die vorstehenden Darlegungen nicht als Stellungnahme für oder gegen die Forderung, sondern nur als Information über sie zu betrachten. B.

Wohlfahrtspflege in den Fabrikbetrieben.

Von Anna Dietel, Hof a. d. S.

Die heutigen veränderten Wirtschaftsverhältnisse und die gesteigerte Verelendung weitester Volkskreise zwingen dazu, Wohlfahrtspflege mehr denn je zu betreiben. Obwohl in den größeren Städten Wohlfahrtsämter und ihnen unterstellte ehrenamtliche Hilfskräfte tätig sind, das reiche Arbeitsfeld der ärztlichen Wohlfahrt zu bearbeiten, genügt es nicht, um in allen Fällen rechtzeitig Fürsorgemaßnahmen einzuleiten. Es könnte aber sehr vielen Familien aus ihrer Notlage geholfen werden, wenn rechtzeitig eingegriffen und Hilfeleistung erfolgen würde. Am besten könnte dies in den Fabriken geschehen, wenn geeignete Personen als Betriebs-Wohlfahrtspflegerinnen und deren Arbeitsgebiet den meisten Kollegen und Kolleginnen fremd ist, muß erst der Boden für die eigens vorgebildete Wohlfahrtspflegerin vorbereitet werden.

Die Forderung nach Wohlfahrtspflegerinnen im Betriebe wird von allen Kolleginnen anerkannt werden, wenn sie über deren Wirken informiert sind, und auch der Deutsche Textilarbeiter-Verein dürfte diese Forderung mit unterstützen. Die Frauen sind heute gezwungen, mehr denn je erwerbstätig zu sein. Man denke nur an die vielen Witwen, die, durch den Krieg des Ernährers beraubt, sich ihren Unterhalt durch ihrer Hände Fleiß beschaffen müssen. Durch die Erwerbsarbeit wird die Frau ihrer Hausarbeit, ihrer Familie entzogen, und je nach ihrer Geschicklichkeit, Energie und Lauffraft treten die Folgen davon mehr oder weniger in Erscheinung. Nur wenn die Frau von Kind auf gelernt hat tüchtig zu arbeiten und zu wirtschaften, wird eine besondere Gefahr vor Vernachlässigung der Familie nicht vorhanden sein. Leider gibt es aber auch einen großen Teil Frauen, die wegen ihrer Erwerbsarbeit den Anforderungen ihrer Familie nicht gewachsen sind. Diese Tatsache war schon früher zu verzeichnen und ist durch die veränderte Wirtschaftslage nur noch verstärkt worden.

Besonderer Gefahr ausgesetzt sind die Kinder erwerbstätiger Frauen. Es ist heute außerordentlich beschwerlich, gute Pflegestellen für die Kinder zu erhalten, und dann ist ihre Pflege auch

mit erheblichen Kosten verbunden. Sehr viele Kinder sind heute nur der Obhut der älteren Geschwister anvertraut, oder aber der Strafe ausgesetzt.

Welche nachteiligen Folgen daraus entstehen, zeigt sich schon heute, und noch viel erschreckender wird es sich später bemerkbar machen. An geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten, wie Kinderkrippen, Säuglingsheimen, Kindergärten und dergleichen fehlt es überall, und die Gegenwart macht die Erstellung solcher Bauten unmöglich, wenn nicht weiteste Volkskreise finanziell dazu beitragen.

Die heute bestehenden Jugendämter sind nicht in der Lage, alle Fälle von Kinderverwahrlosung rechtzeitig festzustellen, da die Zahl der ehrenamtlichen Hilfskräfte verhältnismäßig gering und sie dieser Aufgabe meistens nicht gewachsen sind.

Die beste Gelegenheit, diese Fälle aufzugreifen und abzuwehren, bietet sich im Betriebe für die Personen, die das Vertrauen der Arbeiter und Arbeiterinnen hinter sich haben. Gemeint sind damit in erster Linie die Betriebsräte, speziell die Betriebsrätinnen, die ja ohnedies das Wohl und Wehe der Arbeiter zu überwachen haben. Der Betriebsrätin, die den größten Teil der Arbeiterinnen im Betriebe kennt, wird es leichter sein, sich über die Familie des einen oder anderen Arbeiters zu befragen und zu erkunden, ob Gefahr einer größeren Verelendung besteht und in welcher Weise sie hintangehalten werden kann, als einer dem Betriebe fremden Person.

Das Betriebsrätegesetz bietet den Betriebsräten die Handhabe, mitbestimmend alle Wohlfahrtsrichtungen zu überwachen; wo solche Einrichtungen nicht bestehen, sollten sie geschaffen werden, weil es die jetzige Zeit erfordert. Es ist dies keine leichte Aufgabe und der Erfolg hängt hier sehr viel von der Geschicklichkeit und Ausdauer der jeweiligen Personen ab. Ein Mißerfolg darf nicht hindernd sein, wenn es gilt, einem in großer Notlage befindlichen Kollegen oder einer Kollegin zu helfen. Die Art dieser Wohlfahrtspflege ist außerordentlich verschieden und reichhaltig.

Ich will nun versuchen die Hauptaufgabe einer Pflegerin näher zu erörtern. Ihr Hauptaugenmerk muß sich in erster Linie auf die Familien richten, deren Hausstand weit unter das Durchschnittsmaß eines Arbeiterhaushaltes gesunken ist, sei es durch den Krieg und die damit verbundene Arbeitslosigkeit, oder durch die Unwirtschaftlichkeit der Frau, oder durch Trunksucht des Mannes geschehen. Sie muß bei Feststellung der Ursache versuchen, Abhilfe zu schaffen; erstens unter Zuhilfenahme der amtlichen Wohlfahrtsämter, und zweitens durch Unterstützung von Seiten des Betriebes, sei es durch Geld- oder sonstige Zuwendungen. (Das Allgemeinwohl der Arbeiter zu heben, liegt an einer der Teuerung entsprechenden Bezahlung der Arbeiterkraft des einzelnen und ist Sache der Berufsorganisation.) Die Familie muß regelmäßig besucht werden und über eine Verbesserung oder Verschlechterung der Verhältnisse ist Bericht an das Wohlfahrtsamt zu erstatten.

Weiter kommen in Frage kinderreiche Familien, besonders solche mit Kleinkindern und krüppelhaften Kindern. Hier ist darauf zu achten, daß keine Gefahr einer Kinderverwahrlosung besteht; wenn ja, dann ist sofort das Jugendamt zu verständigen und auf Beseitigung des Übels hinzuwirken. Die Zuweisung von Kost und Pflegeplätzen für Kleinkinder, auch die Unterbringungsmöglichkeit krüppelhafter Kinder in Anstalten wird am besten durch die Jugendämter geschehen. Hier bedarf es lediglich deren Inanspruchnahme für Ueberwachung.

Auch die in den Betrieben tätigen Jugendlichen bedürfen noch der Fürsorge. Die Vergnügungs- und Verschwendungssucht hat unter den Jugendlichen zugenommen; hier bedarf es der Abhilfe nicht nur in Worten, sondern auch in Werken. Das Mädchen muß neben ihrer Erwerbsarbeit hauswirtschaftlichen Kursen zugeführt werden, wenn sie später eine tüchtige Hausfrau und Mutter sein soll. Solche Kurse in die Wege zu leiten mit der finanziellen Hilfe des Arbeitgebers, gehört zu den Aufgaben der Betriebs-Wohlfahrtspflegerin.

Auch die überall herrschende Wohnungsnot bringt der erwerbstätigen Frau viele Sorgen und verursacht oftmals erheblichen Verdienstentgang, wenn ein Wohnungswechsel stattfinden muß. Die Pflegerin dürfte im Verein mit dem Wohnungsamt diese Frage leichter lösen, als es oft dem einen oder andern möglich ist.

Eine weitere Aufgabe ist, die im Betrieb stehende Unheilige als werdende Mutter schon vor ihrer Entbindung in Fürsorge zu nehmen und vor allem dafür zu sorgen, daß die Vaterschaft sicher festgestellt und gesichert wird. Dies hat durch den Vormund oder Berufsvormund zu geschehen; hier ist die Pflegerin nur Vermittlerin. Weiter ist zu sorgen, daß der unehelichen Mutter ein geeigneter Raum zur Entbindung und alles unbedingt Notwendige dazu zur Verfügung steht; gegebenenfalls ist es mit Hilfe der Säuglingsfürsorgestelle zu beschaffen.

Bei längerer Krankheit der erwerbstätigen Frau ist diese sowohl, wie auch ihre Familie zu überwachen, und zu prüfen, ob nicht besondere Maßnahmen notwendig sind.

Aus diesen wenigen Zeilen dürfte hervorgehen, wie außerordentlich dehnbar das Gebiet der Betriebs-Wohlfahrtspflege ist; die Notwendigkeit, dieses Gebiet zu bearbeiten, ist gegeben und lohnend. Möchte deshalb an alle, speziell an die Betriebsrätinnen die herzlichste Bitte richten, Pionierarbeit zu leisten für die theoretisch und praktisch geschulte Wohlfahrtspflegerin.

Frauentagung im Oberbergischen und Siegtalbezirk.

Am Sonntag, den 1. Oktober, tagte im „Sieg-Rheinischen Hof“ in Dieringhausen eine Frauen- und Arbeiterinnenkonferenz. Vertreten waren, mit Ausnahme von zweien, sämtliche Betriebe des Ortsverwaltungsbereichs Gummerbach durch 67 Delegierten. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kolleginnen Anna Kehr-Eitorf, Frau Meta Koch-Dümmelinghausen und Maria Winter-Niederharm gewählt. Die Kollegin Kehr gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Konferenz fruchtbringende Arbeit leisten möge im Interesse des Verbandes und der gesamten Textilarbeiterchaft. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Pannhuis einen ausführlichen Bericht über den gesamten Aufbau der Organisation. Aus den Funktionärinnen der Betriebe, welche letztere eingeteilt sind in Abteilungen, an deren Spitze die Vertrauensperson des Betriebes stehe, gehe die Arbeiterinnenkommission des gesamten Bezirks hervor. Alle Posten wurden besetzt. Damit hat die Konferenz ihren Aufbau vollzogen. In die Arbeiterinnenkommission wurden gewählt die Kollegin Anna Kehr-Eitorf a. d. Sieg, Vorsitzende, Frau Meta Koch, 2. Vorsitzende, die Kolleginnen Maria Winter und Alma Gemehr, Schriftführerinnen. Aus der Wahl der Beisitzerinnen gingen die Kolleginnen Frau Dreiholz, Frau Grote und Frau Kattwinkel hervor.

Alsdann sprach Kollegin Martha Hoppe-Berlin über das Thema: „Die Frau im Wirtschaftsleben und Staat, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Textilindustrie“. Mit der staatlichen Umwälzung des Jahres 1918 hat die Stellung der Frau eine ganz bedeutende Wandlung erfahren, sie brachte ihr die Gleichberechtigung in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Leider wissen die meisten Frauen von ihren Rechten nicht den richtigen Gebrauch zu machen. War die Frau schon jeher ein überaus wichtiger Faktor im Wirtschaftsleben, so ist sie heute durch die Entwicklung von Industrie und Technik geradezu von ausschlaggebender Bedeutung geworden. Von 1895 bis 1907 betrug die Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte erheblich mehr als die Bevölkerungszunahme insgesamt. Besonders ist das Anschwellen der weiblichen Arbeitskräfte in der Textilindustrie zu beobachten. Diese wird in Zukunft die Arbeitsdomäne der arbeitenden Frau sein. Daraus erwächst der Frau die Aufgabe, sich mehr als bisher Einblick in die heutigen Wirtschafts- und Betriebsverhältnisse zu verschaffen. Im besonderen wird sie sich mit der Sozialgesetzgebung vertraut machen

müssen, um jederzeit ihre Rechte als Frau und Mutter wahren zu können. Die Rednerin streifte dann das Gebiet der Arbeiterschutzgesetzgebung, aus der sie besonders den Wöchnerinnenschutz heraushebt. Auf die hygienischen Einrichtungen der Betriebe sei das größte Augenmerk zu richten. Abzulehnen sei jede Ueberstundenarbeit, die eine Gefahr für den Achtstundentag und die Gesundheit der Frau ist. Der Kapitalismus schreite rückwärts über Frauen- und Kinderleichen hinweg. Ihm gegenüber auf die neu erworbenen Rechte zu verzichten, bedeute sicheren Selbstmord. Deshalb gehöre die Frau in die Betriebsräte, in die bestehenden Betriebsstratagien, in die Gewerkschaften, in die bestehenden Betriebsstratagien, in die Gewerkschaften usw. hinein, wo sie weit besser als der Mann die ureigensten Interessen der Frauen wahrnehmen könne. Zur Ausübung solcher Funktionen bedürfe sie allerdings einer gründlichen Schulung, die ihr innerhalb des frisch pulsernden Gewerkschaftslebens geboten werde. Es sei sträflicher Verstand, alles den Männern zu überlassen. Zur geistigen und kulturellen Hebung der Arbeiterklasse bedürfe es intensiver Mitarbeit der Frau. Die Frau, die den Sinn des Lebens richtig erfährt, wird nicht nur als Arbeitsmaschine im Betriebe stehen, sondern schöpferisch mitarbeiten und Schulter an Schulter mit den männlichen Arbeitskollegen kämpfen um die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joch des Kapitalismus.

Die lebhafteste Aussprache befaßte sich allerdings mehr mit Mißständen in den einzelnen Betrieben als mit den geistig höchsten Ausführungen der Referentin, doch muß immerhin anerkannt werden, daß der Anfang vielerorts war und den Willen zur praktischen Mitarbeit bekundete.

Nach Schluß der Tagung gab es noch eine besonders freudige Ueberraschung. Die Dieringhauser Arbeiterjugend hatte sich bereitwillig zur Verfügung gestellt, um nach ernster Arbeit auch dem Frohsinn zu seinem Recht zu verhelfen. Unter fröhlichen Gesängen und Tönen unserer Jungens und Mädels verließ die Zeit wie im Fluge, und alle diejenigen, die kleinmütig ob der heutigen Zustände sind, werden wohl den Eindruck mit nach Hause genommen haben, daß uns um unsere Zukunft nicht bange zu sein braucht, solange wir noch eine solche Jugend haben. Maria Winter.

Das Existenzminimum im September 1922.

Von Dr. R. Kuczynski.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im September um annähernd zwei Drittel höher als im August, annähernd 3mal so hoch wie im Juli, etwa 4mal so hoch wie im Juni und reichlich 13mal so hoch wie im September 1921.

Rationiertes Brot kostete 5mal soviel wie vor einem Jahre, Kartoffeln 6mal soviel, Milch 10mal soviel, Graupen 11mal soviel, Brot im freien Handel, Reis, Bohnen 12mal soviel, Speck, Britlets 13mal soviel, Erbsen, Margarine 14mal soviel, Zucker, Salzheringe, Gas 17mal soviel. (Wesentlich schwächer als für diese Lebensmittel war die Steigerung für Miete, wesentlich stärker für Bekleidung.)

Rationiertes Brot kostete 75 mal soviel wie vor neun Jahren, Kartoffeln 160mal soviel, Milch 163mal soviel, Salzheringe 169mal soviel, Gas 173mal soviel, Britlets 214mal soviel, Graupen 218mal soviel, Bohnen 233mal soviel, Brot im freien Handel 233mal soviel, Margarine 243mal soviel, Reis 253mal soviel, Erbsen 271mal soviel, Speck 280mal soviel, Zucker 287mal soviel.

Bemerkenswert ist die tägliche Nahrungsbedarfs eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien, und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 233 Mt., für eine Frau auf 519 Mt., für einen Mann auf 742 Mt. (Die gleichen Nahrungsmittel kosteten im September 1913 für ein Kind 1,51 Mt., für eine Frau 3,07 Mt., für einen Mann 3,97 Mt. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor neun Jahren billiger, weil z. B. Zucker und bläuliche Kartoffeln damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung standen. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Weltkriegszeit angeführt: Kind 1,75 Mt., Frau 2,80 Mt., Mann 3,50 Mt.)

	Preis Septbr. 1922	Septbr. 1913
1900 Gramm Brot (rationiert)	36,05 Mt.	48 Pf.
250 " Roggenmehl	19,30 "	7 "
250 " Graupen	21,75 "	10 "
3000 " Kartoffeln	24,00 "	15 "
1000 " Gemüse	11,00 "	16 "
125 " Margarine	48,60 "	20 "
250 " Zucker	34,40 "	12 "
1 Liter Milch	37,60 "	23 "
Zusammen für ein 6-10jähr. Kind	232,70 Mt.	151 Pf.
500 Gramm Brot (freier Handel)	29,40 "	13 "
250 " Weizenmehl	25,75 "	13 "
250 " Speisebohnen	22,25 "	10 "
500 " Kartoffeln	4,00 "	3 "
1000 " Gemüse	11,00 "	16 "
250 " Büchsenfleisch	75,50 "	56 "
125 " Speck	70,00 "	25 "
125 " Margarine	48,60 "	20 "
Zusammen für eine Frau	519,20 Mt.	307 Pf.
500 Gramm Reis	55,60 "	22 "
250 " Erbsen	27,10 "	10 "
125 " Speck	70,00 "	25 "
250 " Salzheringe	21,10 "	13 "
125 " Margarine	48,60 "	20 "
Zusammen für einen Mann	741,60 Mt.	397 Pf.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stuben und Küche, für Heizung 1 Zentner Britlets und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 16 Mt., (1913/14: 5,50 Mt.), für Heizung 245,80 Mt. (1,15 Mt.), für Beleuchtung 133,80 Mt. (0,75 Mt.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 633 Mt. (2,50 Mt.), Frau 422 Mt. (1,65 Mt.), Kind 211 Mt. (0,85 Mt.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereimung, Fahrlohn, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 31 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	742,— Mt.	1261,— Mt.	1726,— Mt.
Wohnung	16,— "	16,— "	16,— "
Heizung u. Beleuchtung	380,— "	380,— "	380,— "
Bekleidung	633,— "	1055,— "	1477,— "
Sonstiges	548,— "	840,— "	1115,— "
September 1922	2319,— "	3552,— "	4714,— "
August 1922	1393,— "	2203,— "	2958,— "
Juli 1922	829,— "	1298,— "	1763,— "
Juni 1922	579,— "	887,— "	1195,— "
September 1921	171,— "	260,— "	349,— "
September 1920	145,— "	216,— "	299,— "
Aug. 1913/Juli 1914	16,75 "	22,30 "	28,80 "

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920-1922 vergleiche mein Buch „Verbrauchernöte und Wälua“, Verlag Engelmann, Berlin 1922.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im September 1922 für einen alleinstehenden Mann 386 Mt., für ein kinderloses Ehepaar 592 Mt., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 786 Mt. Auf ein Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann

120 950 Mt., für das kinderlose Ehepaar 185 800 Mt., für das Ehepaar mit zwei Kindern 245 850 Mt.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum September 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 Mt. auf 2319 Mt., d. h. auf das 138,4fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 3552 Mt., d. h. auf das 159,3fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 4714 Mt., d. h. auf das 163,7fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark im September etwa 1/3 Pf. wert.

Zweite Sitzung des Ausschusses des ADGB.

I.

Zu dieser vom 28. September bis zum 1. Oktober dauernden zweiten Sitzung der zweiten Geschäftsperiode waren außer den Verbandsvorsitzenden auch Vertreter der gewerkschaftlichen Landesorganisationsstellen erschienen.

Der Bundesvorsitzende Leipart eröffnete die Sitzung mit dem Ausdruck der Freude und Genugtuung darüber, daß es zu einer Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien gekommen ist und erstattete sodann eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes seit der letzten Ausschusssitzung. Was zur Verringerung der Not erreicht werden konnte, habe alle nicht befriedigt. Die Kommunisten benutzten die Notlage des deutschen Volkes zur Förderung ihrer Parteizwecke. Dazu solle auch der von ihnen vorbereitete Reichsbetriebsrätekonferenz dienen. Da es nicht möglich war, in kurzer Zeit eine Ausschusssitzung einzuberufen, die zu diesem hätte Stellung nehmen können, hatte der Vorstand eine Besprechung der in Berlin anwesenden Verbandsvorsitzenden einberufen. Von dieser Sitzung sei in der kommunistischen Presse ein entstellter Bericht erschienen. Gegen diesen legte Leipart Verwahrung ein. In betreff des Stinnes-Abkommens stelle Redner von neuem fest, daß der Bundesvorstand erst durch die Presse davon Kenntnis erhalten habe und ging auf seine Vorgeschichte ein. Ferner behandelte er noch den Aufbauplan des Verbandes sozialer Baubetriebe. Durch dessen Beteiligung am Wiederaufbau sei auch eine gewisse Kontrolle der kapitalistischen Lieferungs-geschäfte und besonders der dabei erzielten Gewinne möglich. Leipart behandelte unter anderem noch kurz das Ueberschichtabkommen im Bergbau und die Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Ueber die Bemühungen des Bundesvorstandes zur Verringerung der Leuerung berichtete im besonderen Genosse Grafmann in ausführlicher Weise, wobei er die Wirtschaftslage eingehend behandelte und besonders betonte, daß die gewerkschaftlichen Spitzenverbände früher aufgestanden wären, um zur neuesten Verschärfung der Notlage Stellung zu nehmen, als ihre verschiedenen Kritiker. Redner ging sodann ausführlich auf die (schon früher veröffentlichten) Vorschläge ein. Ein Teil der Maßnahmen zur Besteuerung der Ausfuhr werde leider erschwert durch eigene Gewerkschaftsaktionen, besonders durch Betriebsräte, die sich von Unternehmern breitschlagen lassen. Wie die Stellungnahme der sozialdemokratischen Parteilage zeigt, sind die früher getrennten und jetzt wieder vereinigten Parteien mit den Vorschlägen der Gewerkschaften einverstanden. Ebenfalls wurde mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund Rücksprache genommen. Auch über die Rückkehr zu bedingter Zwangswirtschaft wurde mit dem Ernährungsminister und dem Reichsanwalt verhandelt. Es sei indessen zu befürchten, daß die geistige Einstellung dafür nicht vorhanden sei. Auch bestünde bei den Vertretern der christlichen Gewerkschaften keine Neigung, so weit zu gehen. Unter anderem schilbert Redner die Schwierigkeiten der Wucherbekämpfung. Es sei nicht zu umgehen, daß auch Gewerkschaftsangehörige geschädigt werden, die solchen Industrien angehören, die durch die geforderten Maßnahmen betroffen werden. Die Not der Allgemeinheit sei jedoch so groß, daß sich dies nicht vermeiden lasse. Nötigenfalls müßten die geschädigten Arbeiter aus Reichsmitteln unterstützt werden.

Weitere brauchbare Vorschläge seien bisher nicht zu erlangen gewesen, soweit es sich eben um durchführbare Vorschläge und nicht um Phrasen handle. Die Durchführung der Vorschläge hätte im günstigsten Falle eine Verminderung der schlimmsten Not zur Folge. Auch kein Betriebsrätekonferenz könne einen anderen Ausweg zeigen. Auch die Uebernahme der wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse könne nichts Wesentliches an unserm Verhältnis zum Auslande ändern. Zunächst müsse versucht werden, mit Lohnforderungen der Verteuerung der Lebenshaltung soweit wie möglich nachzukommen. Dies zwingt dazu, die bisherige Preispolitik zum Teil zu verlassen. Den Sozialrentnern usw. seien Zuschüsse zu gewähren. Vor allen Dingen sei alles zu tun, was dazu beiträgt, im Auslande die geistige Atmosphäre zu schaffen, die weitere Zwangswirtschaften gegen Deutschland unmöglich macht. Voraussetzung dazu sei das Aufheben der Zwistigkeiten unter der deutschen Arbeiterschaft. Selbst das von uns Geforderte werde versagen, wenn der Druck einer dahinter stehenden einigen Masse verlage.

An diesen Bericht schloß sich eine einseitige, sehr gründliche und sachliche Aussprache, an der sich nicht weniger als 25 Redner beteiligten, darunter auch mehrere Vertreter der Landesorganisationsstellen. In der Beurteilung der einzelnen Maßnahmen des ADGB. gingen die Meinungen natürlich auseinander; besonders hatten die Vertreter der Berufe, deren Angehörige durch die geforderten Maßnahmen in ihren Arbeitsemöglichkeiten beeinträchtigt werden, an Einzelheiten Ausstellungen zu machen. Diese Ausführungen erweckten Widerspruch bei anderen Rednern, wobei jedoch betont wurde, daß die geschädigten Arbeiter nicht schuklos gelassen werden dürften. Im übrigen wurden so ziemlich alle Seiten des Wirtschaftslebens beleuchtet. Es wurde auf die Gefahren hingewiesen, die dem Achtstundentag drohen. Auch die Festigung der deutschen Währung wurde erwogen, besonders die Berechnung der Preise und Löhne in Goldmark, die allerdings noch weit dazu führen würde, daß die Löhne auf den Stand der Vorkriegszeit, geschweige denn auf den gleichen Stand mit den Löhnen im Ausland zu stehen kämen. Weiter fehlte es nicht an scharfer Kritik an den Maßnahmen, die bisher zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft getroffen worden sind. Es mußte jedoch auch anerkannt werden, daß das heutige Elend zum überwiegenden Teile auf Ursachen beruht, die jenseits des Einflusses der Gewerkschaften stehen. Verschiedene Redner hoben die Notwendigkeit hervor, daß noch weitere Volkswirtschaftler herangezogen werden müßten, um dem Bundesvorstand bei der Beurteilung der Wirtschaftslage zur Seite zu stehen.

Einige Vertreter der Landesorganisationsstellen hoben unter anderem hervor, daß es dem von den Kommunisten geforderten Reichsbetriebsrätekonferenz gar nicht möglich sei, die Aufgaben zu erfüllen, die er nach den Angaben der kommunistischen Presse erfüllen soll. Auch wußten sie Mitteilungen zu machen, wie stellenweise die Forderung nach einem solchen Kongress zustande kam.

Wie Grafmann in seinem Schlußwort hervorheben konnte, machte sich im Ausschuss eine grundsätzliche gegnerische Stimmung gegen die Politik des Bundesvorstandes nicht geltend. Grafmann betonte nochmals die Bereitwilligkeit des Bundesvorstandes, alle Vorschläge zu prüfen und, soweit die Möglichkeit der Durchführung besteht, sie zur Ausführung zu bringen. Der Glaube der Massen an die Macht der Gewerkschaften müsse wieder auf ein natürliches Maß zurückgeschraubt werden. Mit Leuten, denen es gar nicht daran liegt, dem Proletariat zu helfen, sondern die nur politische Ziele verfolgen, sei jedoch eine Auseinandersetzung unmöglich. Was könne ein kommunistischer Betriebsrätekonferenz tun? Resolutionen fassen, Kommissionen wählen, Forderungen aufstellen und den Gewerkschaften den Speisezettel zur Verwirklichung übergeben. Mit gerader und ehrlicher Politik würden die Ge-

werkschaften auch den Massen gegenüber bestehen können und vor allen Dingen, wenn sie der Arbeiterschaft die Frage vorhalten: Wie sähe es denn aus, wenn die Gewerkschaften nicht vorhanden wären?

Vorsitzender Leipart konnte feststellen, daß der Ausschuss keine Einwendungen gegen die Stellung des Bundesvorstandes zum Stinnes-Abkommen und zu den Bestrebungen erhoben habe, die deutsche Sprache beim Internationalen Arbeitsamt als Amtssprache einzuführen und daß, wenn dies wiederum abgelehnt werde, zu erklären sei, daß durch diese Ablehnung das Interesse des ADGB. an den Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes stark herabgemindert werde. In betreff der gewerkschaftlichen Beamtentanzentrale hätten die beteiligten Verbände sich verständigt, unter gewissen Voraussetzungen, die an ein vertrauenswürdiges Zusammenarbeiten zu knüpfen seien, sich dem neuen Beamtenbunde mit ihren Beamtensmitgliedern anzuschließen. Die Verbände würden alsdann mit diesem Teil ihrer Mitglieder aus dem ADGB. ausscheiden. Dann entfalle natürlich die Notwendigkeit, die gewerkschaftliche Beamtentanzentrale noch weiter aufrechtzuerhalten. Der Ausschuss ermächtigte daraufhin den Bundesvorstand, die Aufhebung der gewerkschaftlichen Beamtentanzentrale auszusprechen. Wenn ferner die von den in Frage kommenden Verbänden zu stellenden Bedingungen für den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund erfüllt sind, so soll der Bundesvorstand ebenfalls ermächtigt sein, mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund einen Organisationsvertrag abzuschließen, der alle drei Spitzenorganisationen umfaßt.

Im der Frage des Brotpreises stellte sich eine große Mehrheit des Bundesausschusses auf den Standpunkt, daß es nicht zu empfehlen sei, daß das Reich wieder Zuschüsse leistet, um den Brotpreis niedrig zu halten. Es sei von den Arbeitgebern zu fordern, daß sie die Lohnherabsetzungen tragen, die erforderlich sind, um den vollen Preis des Brotes zahlen zu können, um so mehr, da die organisierten Arbeiter des Auslandes es ebenfalls nicht billigen, daß es den deutschen Unternehmern durch die Zuschußwirtschaft ermöglicht werde, die Löhne niedriger zu halten als sie eigentlich sein müßten.

Einer vom Bundesvorstand vorgelegten Entschliessung über das Ueberschichtabkommen im Bergbau stimmte der Ausschuss einstimmig zu. Sie lautet:

„Der Bundesausschuss stimmt dem Ueberschichtabkommen im Kohlenbergbau zu und spricht den Bergarbeitern Anerkennung und Dank aus für das Opfer, das sie mit ihrer Mehrleistung dem deutschen Volke und damit auch der gesamten Arbeiterschaft darbringen.“

Der Bundesausschuss erklärt, daß durch die Ueberschichten der gesetzliche Siebenstundentag im Bergbau keinesfalls in Gefahr gebracht werden darf, die Ueberarbeit darf nur solange fortdauern, als die allgemeine volkswirtschaftliche Notwendigkeit es erfordert. Jeder ernstliche Versuch, den Arbeitstag dauernd zu verlängern, müßte mit der ganzen Macht der Gewerkschaften abgeklungen werden.

Der Bundesausschuss hätte gewünscht, daß das Ueberschichtabkommen benutzt worden wäre zu einer Veränderung der seitherigen Art der Kohlenverteilung. Mit der Verfügung über die Kohle können in erheblichem Maße weitere Preissteigerungen verhindert und Preisentungen herbeigeführt werden. Es wäre Aufgabe der Regierung gewesen, mindestens die Ueberschichtenkohle diesem Zwecke zuzuführen.

Der Bundesausschuss beschließt, diese Forderung noch jetzt zu erheben und verweist insbesondere auf die Möglichkeit, eine starke Verbesserung des Wohnungsbaues und damit zugleich die dringend nötige Verringerung der Wohnungsnot durch entsprechende Verwendung der Ueberschichtenkohle herbeizuführen.

Die jetzigen Monopole der Baustoffherzeuger müssen durchbrochen werden. Es ist ein unerträglich Zustand, daß den Syndikaten in der Zement-, Kalk- und Ziegelindustrie die Kohlenverteilung für ihre Produktion noch immer selbst in die Hand gegeben ist. Die Folgen sind die unerhörten Syndikatspreise aller Baustoffe. Es würde noch unerträglich sein, wenn aus den jetzigen Ueberschichten der Bergarbeiter nur die Syndikate der Unternehmer wieder den Nutzen zögen.

Der Bundesvorstand wird deshalb beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Bergarbeiter-Verband und den anderen beteiligten Verbänden seine Bemühungen, daß die in den Ueberschichten erzeugten Kohlenmengen für eine verbilligte Herstellung von Baustoffen zum inländischen Wohnungsbau verwendet werden, mit allem Nachdruck fortzuführen.“

Die gegenwärtige Lage der Arbeiter in der Strumpfindustrie der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Man schreibt uns von dort: Da die Auswanderung der Strumpfwirker aus dem sächsischen Erzgebirge seit ca. einem Jahr sehr stark ist, sind wir gezwungen, den auswanderungslustigen Kollegen einmal unsere gegenwärtige Lage zu schildern.

Seit zwei Jahren versucht das Unternehmertum der Strumpfindustrie mit allen Mitteln, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern resp. die Löhne zu reduzieren, wie es in vielen anderen Branchen bereits geschehen ist. Die Organisation hat jedoch diesen Versuch zurückgewiesen mit dem Resultat, daß am 1. Dezember 1920 16 Fabriken in Philadelphia, 1 in Fort-Wayne und 1 in Brooklyn geschlossen wurden. Sie sollen es bleiben, bis die Arbeiter in diesen Betrieben bereit sein werden, eine 25prozentige Lohnkürzung anzunehmen. Da nun eine so kleine Branche wie die Strumpfindustrie auch nur eine kleine Organisation hat, waren natürlich nicht genug Gelder in der Kasse, um die Abwehr mit Erfolg durchzuführen, so daß sich der Verbandsvorstand gezwungen sah, die gesamte Mitgliedschaft, d. h. die nichtstreikenden Kollegen, vor die Alternative zu stellen, entweder gewaltige finanzielle Opfer zu bringen oder gleich im Anfang zu bekennen, daß dieser Kampf aussichtslos sei. Durch Uraufstimmung wurde mit großer Mehrheit eine 10prozentige Extrasteuer beschlossen. Diese Steuer wurde sechs Monate lang geleistet, doch die Situation blieb bis dahin völlig unverändert. Nachdem beschloß die Mitgliedschaft, wiederum durch Urabstimmung, mit übergroßer Mehrheit, die Streikgelder der kämpfenden Kollegen zu erhöhen, und die 10prozentige Steuer wurde auf 15 Proz. erhöht. Dieser Zustand währte 5 Monate, und Ende des 11. Monats der Streikdauer konnte wieder auf 10 Proz. Extrabeitrag zurückgegriffen werden. 13 Monate tobte dieser Kampf, und 13 Monate offerierte die Mitgliedschaft ihm 10 und 15 Proz. ihres Lohnes. Im 14. Monat endlich öffneten 3 Fabriken in Philadelphia ihre Tore für die Arbeiter — ohne Lohnkürzung. Die Solidarität der Unternehmender war also damit gebrochen, und innerhalb 3 Wochen hatten wir auf der ganzen Linie gesiegt, mit Ausnahme von 2 der größten Betriebe, nämlich in Fort-Wayne und Brooklyn. Dort sind die Streiks heute noch im Gange. Seit August dieses Jahres nun führen wir einen weiteren Streik in Reading-Pa., so daß heute drei der größten Betriebe sich noch im Streik befinden. Seit 3 bis 4 Monaten macht nun eine Krise in der gesamten Industrie Amerikas diesen Kampf noch schwieriger. Im Textilvergewerbe arbeitet man heute 2 bis 4 Tage wöchentlich.

Seit einem Jahre macht sich aus dem Erzgebirge eine starke Einwanderung von Strumpfwirkern bemerkbar, welche, wenn nicht eingedämmt, zu unangenehmen Konflikten führen muß. Diese Einwanderung wird natürlich von den amerikanischen Unternehmern gefördert und teils auch finanziert, da ein Ueberfluß an Arbeitskräften während einer Krise und inmitten von Streiks doch leichter Endes eine Organisation rieflich schwächt und die Unternehmenschließlich doch noch siegen lassen könnte. Im Interesse der in-

nationalen Solidarität appellieren wir an die deutschen Strumpfwirker des Erzgebirges, zurzeit die Einwanderung zu unterlassen.

Berichte über den Gang unserer Kämpfe und über die wirtschaftliche Lage der Strumpfindustrie werden wir regelmäßig in diesem Organ erscheinen lassen, und wir bitten die deutschen Kollegen, nur diese Mitteilungen als zuverlässig zu betrachten.

Mit kollegialem Gruß an die deutschen Kolleginnen und Kollegen Die Amerikanische Föderation der Arbeiter in der Strumpfindustrie.

J. A.: Kap. J. Herflicker, E. B. Philadelphia-Pa. U. S. A. 3647 N. 6 th Str.

Kommunistische Gewerkschaftsrettung durch die syndikalistische - „Union“.

Die edlen Kommunisten haben sich jetzt in der „Union“ eine ihren Zwecken dienende gewerkschaftliche Gegenorganisation geschaffen und durch die „Union“ uns „Gewerkschaftspoltern“ gegenüber die Mission unternommen, als „Gewerkschaftsretter“ auf den Plan zu treten. Das wird ihnen wenig helfen. Infolge der Wiedervereinigung der Partei haben sich nun auch die SPD- und USF-Fraktionen auf ihre Gemeinschaft als Umsterdamer Richtung besonnen und werden mit vereinter Kraft auch dem neuerlichen Moskauer Treiben innerhalb der Gewerkschaften gehörig zu steuern wissen. Unsere „Gewerkschaftsretter“ werden dadurch gezwungen, die Maske fallen zu lassen und Farbe zu bekennen.

Um so mehr verlegen sie ihr Treiben in die Betriebe, wo immer noch neben vielen Neulingen in der Gewerkschaftsbewegung manche Unorganisierte zu finden sind, Arbeiter, die ihrer begreiflichen und berechtigten Unzufriedenheit irgendwie Luft machen wollen und daher allen möglichen kommunistischen Entschleunigungen zustimmen, was ja nichts weiter kostet und keinem wehe tut. Kommt es aber zu unüberlegten Maßnahmen, die mit Gegenmaßnahmen der Unternehmer beantwortet werden, zu schweren Schädigungen der Arbeiter, dann lenken unsere „Gewerkschaftsretter“ die Erbitterung auf die „Gewerkschaftsbonzon“ ab, deren Taktik nichts taugt, die unfähig, feige seien und überhaupt nichts taugen. Von den Betrieben aus versuchen die kommunistischen Strategen den Gewerkschaften ihren Willen aufzuzwingen. Gelingt ihnen das nicht, so werden sie für die „Union“, die sie natürlich der kommunistischen Sache dienbar zu machen suchen. Es muß daher auch in den Betrieben mehr als bisher den Hintermännern der Drahtzieher auf die Finger gesehen und, wenn es absolut nicht anders geht, auch einmal auf die Finger geklopft werden. Die Gewerkschaften können unmöglich noch länger zusehen, wie die Moskauer „Gewerkschaftsretter“ ihnen unausgesetzt entgegenarbeiten, die Gewerkschaftstätigkeit erschweren und das notwendige Vertrauen der Mitglieder zu ihren Organisationen untergraben. Den „Gewerkschaftsrettern“ muß die Tür gewiesen werden.

Aus der Tschechoslowakei.

Berichtigung.

In Nr. 40 des „Textilarbeiters“ auf Seite 170 brachten wir eine Notiz „Die Industriekrise in der Tschechoslowakei“. Wir hatten diese Notiz aus dem „Wollarchiv“ übernommen.

Von der Union der Textilarbeiter für das tschechoslowakische Staatsgebiet, Sig Reichenberg, wird uns mitgeteilt, daß die Angaben der Notiz nicht stimmen. Wir fühlen uns deshalb veranlaßt, diese Notiz richtigzustellen. Unsere Bruderorganisation, die „Union der Textilarbeiter“ für das tschechoslowakische Staatsgebiet, schreibt uns:

„Entschieden unwahr ist es aber, daß in Reichenberg und Umgebung 6000 Arbeiter ausgeperrt sind und daß in Nordböhmen eine allgemeine Aussperrung bevorsteht. Die Unternehmer versuchen zwar, die für den Lohnabbau günstige Krise auszunützen und eine 25- bis 30prozentige Lohnreduzierung durchzuführen, und stoßen dabei auf den härtesten Widerstand der Textilarbeiter. Überall, wo es bisher möglich war, neue Verträge abzuschließen, mußten die Unternehmer von ihren hohen Forderungen abgehen und wurden die Löhne um 10 bis 15 Proz. reduziert. Dieser Lohnabbau traf die Textilarbeiter sehr hart, da die Senkung der Lebensmittelpreise und der anderen Bedarfsartikel den reduzierten Löhnen nicht entspricht und ein großer Teil der Textilarbeiter nur 2 bis 4 Tage in der Woche arbeitet. Ferner ist es unwahr, daß in Nordböhmen gegenwärtig Durchschnittslöhne von 1 bis 1,50 Kronen gezahlt werden. Dieses sind nur die Grundlöhne ohne den bisher geltenden 160prozentigen Teuerungszuschlag. In Nordböhmen ist die von den Unternehmern unter Ausnutzung der Krise erzwungene Lohnreduzierung die erste in diesem Ausmaße. Es gelten daher in Nordböhmen immer noch jene von dem Internationalen Textilarbeiterbureau bekanntgegebenen Löhne mit Abzug der von den Unternehmern erzwungenen 10- bis 15prozentigen Lohnreduzierung in jenen Gebieten, wo in letzter Zeit neue Verträge abgeschlossen wurden.“

In Reichenberg und Umgebung haben die Unternehmer der Arbeiterschaft einen 23prozentigen Lohnabbau diktiert, nachdem die vorherigen Verhandlungen durch die Demagogie der kommunistischen Textilarbeiterführer zerfallen wurden, welche erklärten, prinzipiell gegen jeden Lohnabbau zu sein. Nachdem daraufhin die Unternehmer selbstherrlich in den Betrieben den Lohnabbau diktierten, rührten die Kommunisten keine Hand, um den Lohnabbau für die Arbeiterschaft erträglich zu gestalten.

Seitens unserer Union wurde daher der Versuch unternommen, durch neuerliche Verhandlungen das Diktat der Unternehmer zu einem annehmbaren Resultat für die Arbeiterschaft zu gestalten, indes sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.“

Aus den Gewerkschaften.

Deutscher Hutarbeiterverband.

Die 13. Generalversammlung des Verbandes hatte einen Antrag angenommen, nochmals eine Urabstimmung über die Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiterverband vorzunehmen. Diese hat in der Zeit vom 23. bis 26. September 1922 stattgefunden. Von 29 091 Mitgliedern stimmten ab 13 269. Davon waren für die Verschmelzung 6992, dagegen 6153. 124 Stimmen waren ungueltig. Abgestimmt haben 46 Proz. der Mitglieder (1920: 50 Proz.). Da eine Zweidrittelmehrheit der Abstimmenden für die Verschmelzung nicht erreicht wurde (8854), kann der Zusammenschluß nicht erfolgen.

In einer gemeinsamen Sitzung des Verbandsvorstandes und -ausschusses am 17. September in Bitterfeld wurde beschlossen, den Bundesvorstand zu ersuchen, beim Reichsfinanzministerium dahin zu wirken, daß die abgeänderten Vorschriften vom 17. Juli 1922 zum Einkommensteuergesetz einer Revision unterzogen und dem veränderten Geldwert angepaßt werden. Es ist dringend erforderlich, die Werbungskosten und das steuerfreie Einkommen zu erhöhen, ebenso den Einkommenssatz, bei dem durch den zehnprozentigen Abzug die Steuer als abgegolten erachtet werden soll. Ferner wurde beschlossen, einem genehmigten Unternehmen der Arbeiterschaft ein Darlehen bis zu 150 000 Mk. zu mäßigem Zinsfuß gegen Sicherheit zur Verfügung zu stellen.

Beiratsfassung im Buchbinderverband.

Infolge der katastrophalen Geldentwertung der letzten Monate hatte der Vorstand des Verbandes der Buchbinder und Papier-

verarbeiter zum 15. und 16. September den Beirat nach Leipzig zusammenberufen, um eine Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswezens vorzunehmen. Mit Rücksicht auf die sich notwendig machenden außerordentlich starken Beitragserhöhungen waren auch die angestellten Gauleiter als Beamten mit hinzugezogen worden, da sie letzten Endes für die Durchführung der Beiratsbeschlüsse die meiste Verantwortung zu tragen haben. In der eingehenden Aussprache herrschte Einmütigkeit darüber, daß man entsprechend dem diesjährigen Verbandstagsbeschlusse, einen Stundenlohn als Wochenbeitrag zu erheben, jezt die gewaltige Differenz möglichst ausgleichen müsse, um dem Verband die nötigen Mittel zuzuführen, ihn kampffähig zu erhalten.

In der Kommissionsberatung hatte man versucht, den mehrfach geäußerten Wünschen des Beirats entsprechend mit den bisherigen fünf Beitragsklassen auszukommen. Dies erwies sich aber als fast undurchführbar und wurden der Vorlage des Verbandsvorstandes entsprechend zwei weitere Beitragsklassen eingeführt und die Beiträge an Stelle der bisherigen von 4 bis 18 Mk. vom 1. Oktober an auf 8 bis 55 Mk. erhöht. Am 15. November und 1. Januar soll dann eine weitere Prüfung der Stundenlöhne und Beiträge vorgenommen werden und die letzteren vom Vorstand und Ausschuss mehr als jezt schon möglich den Stundenlöhnen angepaßt werden. Auch die Unterstützungsätze für die verschiedenen Unterstützungsweize wurden entsprechend der Vorlage des Verbandsvorstandes erhöht. So wurden für Arbeitslosenunterstützung bis 45 Mk. täglich bis zu einer Gesamtsumme von 6300 Mk. gezahlt; für Krankenunterstützung 16 Mk. täglich bis 1600 Mk., für Umzugsunterstützung bis 3000 Mk. usw. Die Streikunterstützung wurde in der Spitze auf 200 Mk. den Tag erhöht, wozu noch die üblichen Zuschläge für Kinder kommen.

Wirtschaftliches.

Die Industriekrise in der Tschechoslowakei.

(J. G. B.) Die durch das plötzliche und anhaltende Steigen der tschechischen Krone auf dem Weltvalutamarkt hervorgerufene Industriekrise schreitet ungehindert fort. Tagtäglich werden weitere Betriebe stillgelegt. In der Porzellanindustrie wurden in letzter Zeit wieder neun Betriebe eingestellt und für die übrigen Betriebe die wöchentliche Arbeitszeit auf drei Tage in der Woche beschränkt. In der keramischen und Kaolinindustrie in Nordböhmen wurde die gesamte Arbeiterschaft, etwa 200 000 Mann stark, entlassen. Die Kaolinwerke in Dobrujan, die 600 Arbeiter beschäftigen, haben den Betrieb eingestellt. Das Wittowitzer Eisenwerk beabsichtigt, 8000 Arbeiter zu entlassen, in der Kohlenindustrie wird die Kündigung von 38 000 Arbeitern vorbereitet, die Textilindustriellen fordern eine Herabsetzung der Teuerungszuschläge von 65 auf 35 Proz. Die Unternehmer der chemischen Industrie haben 9000 Arbeitern den Kollektivvertrag gekündigt und fordern eine Lohnherabsetzung von 25 Proz. Die Gesundung der tschechischen Krone begünstigt aber die Arbeiter mit den Opfern der Arbeitslosigkeit. Freilich wirkt sich auch die Steigerung der tschechischen Krone in einem allmählichen Preisfall der Waren aus. Nach den Mitteilungen des statistischen Staatsamtes der tschechoslowakischen Republik haben sich die Preise der wichtigsten Bedarfsartikel, meistens Lebensmittel, um 10 Proz. ermäßigt. Ein Kilogramm Mehl, dessen Preis bisher zwischen 4,80 und 5 Kronen schwankte, kostet jezt 4 Kronen. Kaffee, früher 44 bis 60 Kronen, kostet jezt 36 bis 50 Kronen. Kakao hat sich von 50 auf 34 Kronen ermäßigt, Reis von 6 auf 3,60 Kronen, Rosinen von 60 auf 38 Kronen, Teigwaren von 14 auf 10 Kronen, Tafelbutter von 60 auf 40 Kronen, Kartoffeln, die vorige Woche noch 1,20 Kronen kosteten, werden schon mit 70 Heller angeboten. Kleider und Wäsche sind um 20 bis 40 Proz., Schuhe sind seit dem Frühjahr etwa um die Hälfte gesunken. Die paritätische Kommission für das Ost- und Karwiner Steinkohlenrevier hat einen Rückgang der Preise der wichtigsten Lebensmittel seit dem 1. November 1920 um 31,94 Proz. festgestellt. („Arbeiter-Zeitung“, 20. September 1922, Nr. 251.)

Vermischtes.

Ueber die Bildungsarbeit der Gewerkschaften

macht die Zeitschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, „Der Arbeitgeber“, Mitteilungen und Randglossen. Die Zeitschrift sieht als entscheidendes Ziel der gewerkschaftlichen Kulturarbeit die Verkürzung der Arbeitszeit an und gibt zu, daß durch sie der Arbeiter im allgemeinen neuere und höhere Bedürfnisse empfindet. Sie verfehlt diese Bedürfnisse in „Ansprüche und Forderungen der Arbeiterschaft“. Offenbar viel zu schaffen machen dem „Arbeitgeber“ die Mitteilungen der Gewerkschaften über den Stand ihrer Presse. Man könnte bei Vergleichen, so erklärt die Zeitung, mit dem Kostenaufwand und der Auflage unserer Arbeitgeberpresse, soweit man überhaupt von solcher reden kann, nur traurig und nachdenklich werden. Bemerkenswert findet es die Zeitung, daß die Arbeitersekretariate vermehrt und ihnen in manchen Fällen auch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln gewährt worden seien. Ausdrücklich verzeichnet sie die verschiedenen Kurse der einzelnen Gewerkschaftskartelle in bezug auf das Betriebsrätewesen. Daß von Seiten der Gewerkschaften mit Genauigkeit auf die Uniparität Frankfurt a. M. hingewiesen wird, ist der Zeitung besonders stark aufgefallen. Sie erklärt zum Schluß, daß die Gewerkschaften mit berechtigtem Stolz sagen könnten: „Blicken wir auf den Weg zurück, so läßt sich feststellen, daß wir auf einen vollen und schönen Erfolg blicken können.“

Berichte aus Fachkreisen.

Berlin. Die Warenversorgung deutscher Gewerkschaften, die im Frühjahr 1922 sich auflösen mußte, weil das Reich ihr keine Kredite kündigte, wird auf Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission (Ortsausschuß) auf eigene Rechnung für Berlin weitergeführt. Die Betriebswerkstätte des Schneiderverbandes wurde in die Bekleidungswerkstätte der Berliner Gewerkschaften G. m. b. H. eingegliedert.

Die Mittel zu diesem Unternehmen wurden trotz aller Schwierigkeiten von den Gewerkschaften aufgebracht. Indessen auch dieses Unternehmen ist der beispiellosen Entwicklung der Entwertung des Geldes unterworfen.

Es ist deshalb um so dringender notwendig, das Unternehmen finanziell so zu stellen, daß es auch für die Zukunft bei weiterer Geldentwertung in ausreichender Weise Betriebskapital hat. Nur dadurch kann das gesteckte Ziel, den Gewerkschaftsmitgliedern in noch größerem Maße preiswerte Bekleidung zu liefern, erreicht werden. In der heutigen Zeit kommt es nicht allein darauf an, Lohnerhöhungen zu erzielen, sondern viel mehr denn je müssen Maßnahmen ergriffen werden, daß für den erhaltenen Lohn genügend und preiswert gekauft werden kann. Nur so kann die Kaufkraft des Lohnes erhöht werden!

Arbeiter und Angestellte sollten sich klar darüber sein, daß sie die Kraft zu dieser Selbsthilfe haben. Zur Anschaffung von Kleidung hat die Warenverteilung der Berliner Gewerkschaften in Gemeinschaft mit dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend beschlossen, an die organisierten Arbeiter und Angestellten heranzutreten mit dem Ersuchen, im Laufe des Monats Oktober Beiträge in Höhe von 20, 50 oder 100 Mk. zu steuern, für welche entsprechende Wertmarken durch die Funktionäre ausgegeben werden. Diese Beiträge bleiben unkündbares Betriebskapital der Warenverteilung und gleichzeitig Eigentum der Gewerkschaften, und

zwar derjenigen Gewerkschaft, welcher das betreffende zeichnende Mitglied angehört.

Diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, welche einen Betrag für die Warenverteilung auf diese Art hergeben und sich darüber durch eine Wertmarke im Mitgliedsbuch ausweisen können, sollen bei besonders preiswerten Einkäufen bevorzugt werden. Dies wird in der Weise geschehen, daß für solche Mitglieder besondere Verkaufstage angelegt werden.

Kein freigewerkschaftliches Mitglied in Berlin darf der Beteiligung fernstehen.

Brandenburg a. d. H. Die einst so blühende Tuchindustrie in Brandenburg a. d. H. ist aus den verschiedenen Gründen langsam verschwunden, bis auf eine Firma H. Genrich, welche in letzter Zeit besonders bestrebt war, sich einen Namen zu machen. Als die gesamte Arbeiterschaft in unserem Verband organisiert war, war man auch nicht mehr gewillt, die haarsträubenden Mißstände zu dulden, die eben vorhanden waren. Im vergangenen Winter mußten die Weber in Ueberzieher und Handschuhen arbeiten. Parterre waren Wasserpfützen, zerbrochene Glasfenster vorhanden. Dafür fehlten aber Fabrikordnung und sonstige Kleinigkeiten. Da der Inhaber der Firma nicht gern mit der Organisationsleitung über solche Sachen verhandeln wollte, mußte die Gewerkschaft den Betrieb einer Kontrolle unterziehen, was auch gute Erfolge zeitigte. Die größten Mißstände wurden beseitigt und eine Fabrikordnung nach dem Muster der Firma Nummerle wurde eingeführt. Die fortwährenden Lohnstreitigkeiten führten Anfang August zu einem neuntägigen Streik, bei dem die Arbeiterschaft auch entlassen wurde, damit die Firma die Krankentafelbeiträge für die Streikenden ersparen könnte. Die Firma erklärte sich nach neun Tagen Streik gern bereit, den Lohn tarif der Burger Tuchindustrie einzuführen und die Arbeiterschaft zu den alten Rechten wieder restlos einzustellen. Kaum war die Arbeit aufgenommen, so versuchte der neue Herr Betriebsleiter, sich besonders beliebt zu machen, indem er die Arbeiterschaft als neu eingestellt betrachtete, wodurch die Arbeiterschaft um die Ferien für zwei Jahre gekommen wäre. Da bei den Weberinnen der Lohn zu hoch sein sollte, so zog man ganz einfach wieder ab, was die Organisation veranlaßte, die Firma zu verklagen, was in kurzer Zeit dreimal geschehen mußte. Die Firma Genrich wurde nun verpflichtet, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. In einem anderen Termin kam der Schiedspruch, daß die Arbeiterschaft die Rechte vor dem Streik nicht verloren habe, sondern der Streik sei nur als eine Arbeitsunterbrechung zu betrachten. Auf diesen Schiedspruch hin gab man auch die Ferien, aber als Entschädigung nur 20 Mk. die Stunde. Eine Klageeinreichung bei dem Gewerbegericht ergab, daß H. Genrich vor dem Termin den eingeklagten Betrag bezahlte. Nun zahlte man wieder den Spinnerinnen den richtigen Akkordverdienst nicht aus, was wieder die Organisationsleitung zu neuer Klage veranlaßte. So sorgt die Firma für Abwechslung und auch für Aufmunterung der Arbeiterschaft. Da man dort dem Betriebsrat keine Funktion recht schwer macht, so muß dauernd der Klageweg beschritten werden.

Cöpenick. Der Betriebsrat der Firma Spindler, Färberei A.-G. A.-G. in Cöpenick-Spindlerfeld, hatte Kartoffeln bestellt. Nach längerer Verhandlung hat sich die Firma bereit erklärt, die in Frage kommende Summe der Belegschaft zu leihen. Den kinderreichen Arbeitern sollte pro Woche nur der Betrag für einen halben Zentner Kartoffeln vom Lohn abgezogen werden. Nachdem nun die erste Ladung Kartoffeln angekommen war, lehnte die Firma die leihweise Zahlung ab, auch die für die kinderreichen Arbeitnehmer vereinbarte Erleichterung. Die Firma verlangt nunmehr in einem an den Betriebsrat gerichteten Schreiben für Abnutzung der Schienen und der Drehscheibe, die sich auf ihrem Grundstück befinden, und für Benutzung der Pferde eine Entschädigung von Seiten der Arbeiterschaft. Besonders kennzeichnend ist, daß zum Transport dieser Ladung (Waggons) überhaupt keine Pferde gebraucht wurden. Ob die Firma da noch ein besonderes Geschäft machen wollte? — Durch ihr Verhalten ist es der Arbeiterschaft unmöglich geworden, noch weitere drei bestellte Waggons Kartoffeln zu beziehen. Soziale Fürsorge!

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 22. Oktober, ist der 42. Wochenbeitrag fällig.

Auf Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Adressenänderungen.

Gau Hannover. Preeh. K: Wilhelm Richter, Schellhornstraße 52.

Stadthagen. V: D. Heimisch, Nordstr. 6.

Gau Barmen. Darmstadt. (Neu.) V: Heinrich Wesp, Mauerstraße 25. K: Heinrich Siegert, Hölgesstr. 3.

Willingen. V: Johann Porten, Heibweg. K: Gottfried Cuerling, Peterstr. 61.

Gau Stuttgart. Ettlingen. V: W. Pfeifer, Ettlingen i. Pa., Spinnerei.

Gau Augsburg. Gundelfingen. V: Georg Stadler, Lauinger Straße 415.

Passau. V: Ludwig Bechhammer, Ort 6. K: Fr. Anna Krenn, Obergzeller Str. 17.

Gau Berlin. Wittstock. K: Karl Böller, Or. Burgstr. 287.

Sonstige Adressen. Tschechoslowakei. Union der Textilarbeiter B. G. für das tschechoslowakische Staatsgebiet, Reichenberg i. Böhmen, Schleusen-gasse 12.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen.

Berlin. Stickereibranche. Freitag, 27. Oktober, nachmittags 5 1/2 Uhr, bei Gursch, Wallstraße 32.

Berlin. Detateure. Jeden Freitag nachmittags von 3-4 Uhr, Stallgreiberstr. 39.

Fürstenwalde. Dienstag, 24. Oktober, im „Gesellschaftshaus“.

Julda. Sonnabend, 3. November, nachmittags 2 Uhr, im „Bürgerhaus“.

Rohwien. Mittwoch, 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Deutschen Haus“, Kranzplatz 8.

Hainichen. Sonnabend, 28. Oktober, Kronhofferstr. 47.

Ortsverwaltungen.

Abhanden gekommene Mitgliedsbücher und -karten.

Berga (Elster). Buch Nr. 285 522 für Eduard Legner, Weber, geb. 28. 8. 1883 in Ribney (Böhmen), eingetreten am 23. März 1906 in Berga.

Kottbus. Buch Nr. 1 147 865, für Bernhard Dubrau, geb. 20. Mai in Peitz, eingetreten 22. August 1919 in Kottbus.

Totenliste.

Gefforbene Mitglieder.

Augsburg. Johann Geis.

Berlin. Emma Gruhl.

Breslau. Anna Fuchs; Marg Förster, Tschirne.

Ettlingen. Karl Schönthaler; Anna Weber.

Gelenau. Emma Mehner, Herold; Anna Marie Helbig, Drebach.

Greiz. Olga Schröder; Klara Trautloff; Emma Baumann; Edde Schwiensberg, Elsterberg; Ernst Grüner.

Gronau. Henrich Weddeler.

Hamburg-Altona. Claus Evers. Ramenz i. Sa. Eduard Gerhardt. Wülfegiersdorf. Anna Wolke; Helene Bartisch; Robert Pohl.

Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluß für die nächste Nummer Freitag, 20. Oktober

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Drefsel in Berlin, für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.